

STATEMENT

Hans Auracher,

Sprecher der LANDESVEREINIGUNG BAUWIRTSCHAFT BAYERN

– Das bayerische Bau- und Ausbauhandwerk (LVB) –

anlässlich der Frühjahrs-Pressekonferenz der LVB

am Donnerstag, 09. April 2015, in München

(Sperrfrist: Donnerstag, 09. April 2015, 10.30 Uhr)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrten Damen und Herren der Presse,

ich begrüße Sie zur Frühjahrs-Pressekonferenz der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern – wie immer auch im Namen der Vertreter der Verbände, die uns tragen.

Wir haben uns einen kleinen Frühlingsputz auferlegt und unser Konjunkturbarometer verfeinert, in dem wir Ihnen auch regionale Umfragewerte aufschlüsseln können. Alle Details zur Frühjahrs-Umfrage finden Sie beigefügt im Konjunkturbarometer.

Ich möchte heute auf ein paar Kennziffern und Tendenzen eingehen und Ihnen außerdem über die Beschäftigungslage berichten, über die Chancen der Zuwanderung für unsere Handwerker sowie natürlich über die bürokratischen Lasten, die uns der gesetzliche Mindestlohn seit Januar abfordert. Ich bin selbst Handwerker und Unternehmer, so dass ich Ihnen diese Zahlen wie immer auch mit eigenen Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis vermitteln kann.

Bevor ich Ihnen die wichtigsten Tendenzen aus unserem Konjunkturbarometer vorstelle, möchte ich das Bau- und Ausbaugewerbe im Kontext der Gesamtkonjunktur einordnen: Das Bau- und Ausbaugewerbe trägt mit rund fünf Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland bei – und vor allem: Das Wachstum in unserer Branche war vergangenes Jahr mit 2,7 Prozent fast doppelt so hoch wie das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft.

Blicken wir auf Bayern, so lässt sich aus den Statistischen Zahlen ablesen, dass die baugewerblichen Umsätze vergangenes Jahr um knapp fünf Prozent auf rund 20 Milliarden Euro anstiegen. Dabei waren der gewerbliche und industrielle Bau die Wachstumstreiber. In diesem Jahr zeichnet sich ab, dass die Baukonjunktur an Dynamik verliert, Sie werden es in unserer Umfrage erkennen. Einen ausführlichen Überblick zu konjunkturellen Rahmendaten auch aus dem Wohnungsbau, dem Wirtschaftsbau und dem Öffentlichen Bau liefert Ihnen das beiliegende Konjunkturbarometer.

Beginnen wir mit dem Blick auf die konjunkturelle Lage unserer Branche. Zunächst einmal bleibt festzustellen, dass Handwerker in diesen Tagen und Wochen wenig Grund zum Klagen haben, unser Wirtschaftsbereich steht insgesamt solide da, profitiert in weiten Bereichen von der anziehenden Konjunktur und der Konsumlaune der Verbraucher. Dennoch stellen wir unterschiedliche Entwicklungen fest und gerade im Baubereich in etlichen Punkten auch eine zumindest eingetrübte Konjunktur. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Blick auf die Geschäftslage:

Zwar sprechen 47 Prozent der Bau- und 57 Prozent der Ausbau-Unternehmer von guten Geschäften – im Ausbaugewerbe sind das nur drei Prozentpunkte weniger an guten Nennungen als vor einem Jahr. Im Bau sind es jedoch bereits zehn Prozentpunkte weniger. Diese eingetrübte Konjunktur, von der ich eben sprach, verdeutlicht auch die Tatsache, dass inzwischen jeder zwölfte Bauunternehmer über schlechte Geschäfte spricht - das sind doppelt so viele Betriebe wie noch vor einem Jahr.

Bei den Umsätzen spricht nach wie vor etwa jeder zweite Ausbaubetrieb von guten Zahlen. Bei den Baubetrieben ist die Zahl der Betriebe, die gute Umsätze einfahren um elf Punkte auf nur noch 38 Prozent gefallen. Die Umsatzentwicklung hinkt also dem Vorjahr hinterher, das belegen auch die Zahlen des Statistischen Landesamtes für das Bayerische Baugewerbe. Demnach sanken die Umsätze im Januar um fast sechs Prozent. Wenn man die Zahlen genau anschaut, stellt man fest, dass der Wohnungsbau, vor allem aber der gewerbliche und industrielle Tiefbau schlechter abschneiden als vor einem Jahr.

Unsere Umfrage zeigt, dass jetzt im Frühjahr erstmals seit fünf Jahren mehr als acht Prozent der Bauhandwerker schlechte Umsätze einfahren. In diesem Sog erwirtschaften vor allem die Bau-, aber auch die Ausbaubetriebe etwas schlechtere Gewinne – wobei die Rückgänge bei den Erträgen noch vergleichsweise gedämpft ausfallen.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch gleich ein paar Worte zum Thema Wohnungsbau sagen. Es ist ein Thema, das uns immer wieder auch hier in dieser Runde beschäftigt. Sie kennen auch beispielsweise aus den Presseveranstaltungen unseres Mitgliedsverbandes Bayerischer Bauinnungen die Positionen, insbesondere was die Ankurbelung des Wohnungsbaus betrifft und wissen auch, dass wir eine Mietpreisbremse als nicht hilfreich im Kampf gegen den Wohnungsmangel ansehen. Im oberen Preissegment scheint die Nachfrage langsam gesättigt zu werden. Es werden preiswerte, bezahlbare Wohnungen gebraucht, gerade in Metropolen wie hier in München. Laut einer Empirica-Umfrage ist in den meisten Ballungszentren ein natürlicher Mietpreisdeckel erreicht, weil noch viel höhere Mieten nicht durchsetzbar sind. In Metropolen wie München ist die Schmerzgrenze scheinbar noch nicht erreicht. Es führt nach unserer Ansicht kein Weg daran vorbei, mehr Impulse zu setzen, etwa durch bessere Abschreibungssätze im Mietwohnungsbau. Zwar lag die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Bayern vergangenes Jahr knapp fünf Prozent über dem Vorjahreswert – aber mit großen regionalen Unterschieden. Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen, die das verdeutlichen. In Oberbayern stiegen die Baugenehmigungen um 25 Prozent, während sie in Mittelfranken um sieben Prozent sanken. Nicht aus jeder Genehmigung folgt auch eine neue Wohnung. Zwar dürften vergangenes Jahr mehr Wohnungen fertiggestellt worden sein als noch 2013, aber immer noch weniger als der von der Staatsregierung festgestellte Bedarf von mindestens 70.000 im Jahr.

Ich hatte es angekündigt, wir haben unser Zahlenwerk etwas spezifiziert. Sie wissen, dass sich jedes Jahr rund 2.000 Bau- und Ausbaubetriebe an unserer Umfrage beteiligen. Es ist also ein breites Stimmungsbild aus ganz Bayern – wir möchten dieses Stimmungsbild noch differenzierter darstellen und haben ein paar der Umfragewerte auch nach Regierungsbezirken dargestellt. Alle Details finden Sie im beigefügten Konjunkturbarometer. Wir hoffen, dass Sie damit auch bei Ihren Lokalmedien noch besser zuliefern können.

Wenn wir beispielsweise die Geschäftslage betrachten, dann liefert Niederbayern insgesamt die besten Werte – nach Schulnoten betrachtet eine 2,35 – Oberfranken wäre mit einer Durchschnittsnote von 2,83 der schlechteste Regierungsbezirk. Aber solche Schulnoten sind ja immer noch ganz gut! Noch ein Beispiel: Beim Auftragsbestand weisen die Oberpfälzer Unternehmen das dickste Polster auf, während unter- und mittelfränkische Betriebe den kürzesten Auftragsbestand haben.

Quer über den Durchschnitt Bayerns liegt der Auftragsbestand im Bau- und Ausbaugewerbe jetzt bei acht Wochen. Zum Vergleich: Zum Jahresende 2014 standen bei den Betrieben quer übers gesamte bayerische Handwerk Aufträge für sechs Wochen in den Büchern. Und auch in unseren Gewerken gibt es Unterschiede: Wir beobachten, dass sich die Nachfrage nach Ausbauleistungen auf dem Niveau der beiden Vorjahre stabil entwickelt, während unsere Baubetriebe über eine zurückgehende Nachfrage berichten. An dieser zweigeteilten Entwicklung dürfte sich auch im Sommerhalbjahr laut Prognose unserer Unternehmen nichts grundlegend ändern.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir beim Ausblick auf die kommenden sechs Monate, einem festen Bestandteil unseres Konjunkturbarometers:

Unsere Ausbaugewerke gehen mit weitgehend stabilen Erwartungen ins Sommerhalbjahr. 57 Prozent der Unternehmer gehen von guten oder sehr guten Geschäften aus – das sind fünf Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Dagegen ist der Anteil der Baugewerke, die in den kommenden Monaten gute Geschäfte erwarten, von 63 Prozent auf 49 Prozent gesunken. Übrigens – die Bundesvereinigung Bauwirtschaft geht ebenfalls von einem gedämpften Wachstum aus und erwartet, dass die Umsätze in diesem Jahr deutschlandweit um zwei Prozent zulegen werden. Unsere Umfrage zeigt, dass auch die Erwartungen an Aufträge und Gewinne insbesondere im Baubereich negativer ausfallen. Sie erkennen damit in diesem Bereich ebenso die zweigeteilte Entwicklung, denn gerade Bereiche wie etwa die Gebäudetechnik sind optimistischer.

Wenn ich nun auf das Thema Fachkräfte zu sprechen komme, klingt das nach einem Dauerbrenner – und das ist es auch. Es hat sich nichts daran geändert, dass unsere Betriebe einen hohen Personalbedarf haben, den aber immer schlechter abdecken können. Wir rechnen damit, dass die Zahl der Mitarbeiter im Ausbaubereich in diesem Sommer nur ganz leicht steigen und bei den Baubetrieben stabil bleiben wird. Der Fachkräftemangel ist eine Wachstumsbremse für das gesamte Handwerk, aber auch für andere Branchen, wie Sie vermutlich auch an anderer Stelle immer wieder hören. Daher haben wir in unserer Frühjahrs-Umfrage den Fokus darauf gelegt, wie man Asylsuchende oder Flüchtlinge in die Handwerksbetriebe integrieren kann.

Ich möchte kurz daran erinnern, dass der Zugang für den Arbeitsmarkt für diese Menschen etwas erleichtert wurde: Asylsuchende mit einer Aufenthaltsgenehmigung dürfen jetzt bereits nach drei Monaten eine Ausbildung beginnen. Unter Umständen ist es sogar möglich, dass sie auch einem festen Job nachgehen dürfen, wenn die so genannte Vorrangprüfung positiv ausfällt. Laut Schätzung der Bundesagentur für Arbeit werden in diesem Jahr ca. 160 000 Asylsuchende nach Ablauf dieser Wartezeit Anspruch auf Fördermittel für die Integration in den Arbeitsmarkt haben.

Aber es bleiben letztlich noch viele bürokratische Hürden – und praktische, wie wir in unserer Umfrage festgestellt haben. Denn ein gutes Drittel der Ausbau- und fast jeder dritte Bauunternehmer sieht sich nicht in der Lage, Asylsuchenden oder Flüchtlingen eine Stelle anzubieten. Die Unternehmer sagen uns, dass mangelnde Deutschkenntnisse ein großes Problem im Arbeitsalltag darstellen. Jeder vierte sieht darin kein Problem – und der Rest – das sind etwa ein Drittel – ist noch unentschlossen. Es herrscht neben den sprachlichen Barrieren natürlich eine gewisse Verunsicherung durch die rechtlich unsichere Lage.

Unsere Unternehmer investieren gern in Auszubildende, die sie als Fachkräfte brauchen. Sie müssen aber sicher sein, dass die jungen Menschen nach der Ausbildung nicht wieder abgeschoben werden. Handwerker investieren in die Ausbildung wenn sie wissen, dass die ausgebildeten Azubis ihre Kenntnisse auch im Betrieb anwenden können und längerfristig als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit Sprachkursen und nachgeholtem Schulabschluss versucht das Handwerk Flüchtlinge fit zu machen für den Arbeitsmarkt – aber es muss der Rahmen stimmen.

Darüber hinaus glaube ich, dass wir auch bei dem Thema Zuwanderung um klare Regeln, sprich um ein Zuwanderungsgesetz nicht herumkommen. Eine geregelte Zuwanderung ist meines Erachtens unerlässlich, um dem demographischen Wandel zu begegnen. An dieser Stelle möchte ich nur am Rande bemerken, weil Sie es sich denken können, dass die Rente mit 63 den Fachkräftemangel bei uns noch verstärkt.

Damit sind wir bei einem weiteren Stolperstein, den uns die Politik in den Weg gelegt hat – der gesetzliche Mindestlohn. Um es gleich vorab zu sagen, wir wehren uns überhaupt nicht gegen Lohnuntergrenzen, gegen auskömmliche Löhne. Wir glauben, dass nur zufriedene Arbeitnehmer auch dauerhaft im Unternehmen gehalten werden können. Daher geht es uns nicht um die 8,50 Euro Stundenlohn, die seit Januar jedem Beschäftigte zu zahlen sind, zumal unsere Bereiche ohnehin mehr zahlen. Es geht uns um die Bürokratie, die das Gesetz auslöst. Es geht uns um die neue gesetzliche Gehaltsgrenze von 2.958 Euro für Aufzeichnungspflichten, die für das Bayerische Bau- und Ausbaugewerbe – aber auch für das gesamte Handwerk – eine irrwitzige Grenze ist. Denn wenn ich diese Lohngrenze für die Prüf- und Aufzeichnungspflichten ansetze, dann müsste ein Arbeitnehmer fast 350 Stunden pro Monat arbeiten – das ist also völlig realitätsfern. Diese Lohngrenze führt zu unnötiger Bürokratie, das haben uns die Betriebe deutlich zurückgespiegelt. Denn bisher haben 55 Prozent der Bau- und 40 Prozent der Ausbauunternehmen bei ihren Beschäftigten die Arbeitszeit nicht penibel dokumentiert. Das heißt, Arbeitszeit ist Vertrauenszeit, gerade in mittelständischen Unternehmen ist das ja auch ein Teil des innerbetrieblichen Zusammenhalts. Mit dem neuen Mindestlohngesetz kommen jetzt auf die Hälfte aller Bau- und Ausbaubetriebe neue bürokratische Lasten zu.

Sie wissen, dass es genug andere bürokratische Hürden gibt, die unsere kleinen Unternehmen jeden Tag zu bewältigen haben. Uns besorgt auch, dass die Betriebe durch diese penibel zu führenden Stundennachweise früher oder später ins Visier des Zolls geraten können, obwohl in unseren Branchen durch Tarife – wie ich eben sagte – schon längst mehr als 8,50 Euro pro Stunde gezahlt wird. Hier wurde in Berlin das Gesetz entweder mit heißer Nadel gestrickt oder völlig blind geschrieben. Wir haben als Handwerk an verschiedensten Stellen bereits unsere Kritik formuliert, zuletzt über den Zentralverband des Deutschen Handwerks beim Spitzengespräch der Wirtschaft in München.

Da hat Angela Merkel interessiert zugehört, jedenfalls hat sie vor der Presse angekündigt, dass sie die Kritikpunkte im Zusammenhang mit dem Mindestlohngesetz sammeln werde und sich nach Ostern damit befassen wolle. Nun ist die Zeit gekommen, wir müssen darauf drängen, dass hier rasch nachjustiert wird, damit eben der bürokratische Aufwand für kleine und mittlere Betrieb so gering wie möglich gehalten werden kann.

Aber meine Damen und Herren, wir sind kritisch, wenn uns die Politik in Berlin Versprechungen macht – denn wir haben auch einige leere Versprechungen erlebt – damit bin ich bei der energetischen Gebäudesanierung: Ich glaube, dass ist für Sie, aber auch für uns ein Begriff, der uns sprichwörtlich bitter aufstößt – Ihnen weil Sie die Klagen darüber immer wieder hier hören – und uns, weil wir eine endlose Hängepartie mit am Ende bitterer Enttäuschung erlebt haben – ich rede von der gestoppten steuerlichen Förderung durch die neuerliche Blockade von Bund und Ländern, obwohl es genug Lippenbekenntnisse und schließlich wieder gegenseitige Schuldzuweisungen gab. Uns bleibt nur, das Thema über die bayerische Staatsregierung voranzutreiben. Erfreulicherweise hat man sich in München klar zur Notwendigkeit der Förderung bekannt.

Ich hatte zu diesem Thema im Herbst ausführlich Stellung genommen - die Fakten sind nicht zu bestreiten - und möchte nur ganz kurz daran erinnern: 40 Prozent der Primärenergie wird in Gebäuden verbraucht. Mehr als die Hälfte davon ließe sich einsparen, wenn wir die Gebäude konsequent energetisch sanieren – aber dazu braucht es eben klare und verlässliche steuerliche Anreize. Mieter und Vermieter müssen wissen, was geht und was nicht geht, weil sich die Investitionen in diesem Bereich nur über einen längeren Zeitraum lohnen. Nicht zuletzt geht es ja um Klimaschutz. Und da muss man bezweifeln, ob denn der Klimaschutz in der Politik wirklich hohe Priorität genießt. Denn der Versuch der Bundesländer, die energetische Gebäudesanierung mit dem Handwerkerbonus gegenzurechnen zeigt ja, dass der Politik zusätzliche Steuereinnahmen offenbar wichtiger sind als der Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, es gibt neben den großen konjunkturpolitischen Aspekten auch scheinbar kleinere Themen aus der betrieblichen Praxis. Ich denke hier zum Beispiel an die neue Arbeitsstättenverordnung, die ja nun scheinbar auf Eis liegt: Da geht es um Themen wie gemauerte oder beheizte Toiletten auf Baustellen, um eigene Garderoben für die Arbeitnehmer, um eine Teeküche, die unbedingt Tageslicht braucht. Hoffen wir, dass das am Ende ein verfrühter Aprilscherz war.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wir alle hier freuen uns auf Ihre Fragen

Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern repräsentiert neun Verbände des Bau- und Ausbauhandwerks mit rund 330.000 Mitarbeitern in ca. 35.000 Betrieben. Alle Daten des Konjunkturbarometers finden Sie unter www.lvb-bayern.de.

Landesverband
Bayerischer Bauinnungen

Bayerisches Dachdeckerhandwerk
Landesinnungsverband

Fachverband Schreiner-
handwerk Bayern

Landesinnungsverband für das
des
Bayerische Elektrohandwerk

Landesinnungsverband des
Bayerischen Zimmererhandwerks

Fachverband Sanitär-, Heizungs-
und Klimatechnik Bayern

Landesinnungsverband
Bayerischen Maler- und